

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Mark

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 36

Dienstag, den 12. Februar 1924

15. Jahrg.

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 4,50 Gulden, Reklamestelle 1,00 Gulden, in Deutschland 0,70 und 1,00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Setzungs-  
bestellung und Drucksachen 3290.

## Das Thüringer Wahlergebnis.

Weimar, 11. Febr. (WZ). Das vorläufige amtliche Gesamtwahlergebnis beträgt: Ordnungsbund 884601 Stimmen, Vereinigte sozialdemokratische Partei 188 094 Stimmen, Kommunisten 149 205 Stimmen, Deutschvölkische Partei 78 798 Stimmen, Freier Wirtschaftsbund 22 028 Stimmen, Unabhängige Sozialdemokraten 6190 Stimmen, Ordnungsbund 82, Vereinigte Sozialdemokraten 15, Kommunisten 12 und Deutschvölkische 6 Sitze.

Die Wahlbeteiligung war überaus stark und betrug in manchen Städten volle 100 Prozent. Insgesamt wurden gegenüber den vorigen Landtagswahlen 200 000 Stimmen mehr abgegeben, die in der Hauptsache den bürgerlichen Parteien zufließen. Da nach der thüringischen Verfassung auf je 1 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, wird der neue Landtag 64 gegenüber 58 Abgeordneten im letzten Landtag zählen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Ausfall der Wahlen in Thüringen:

Das Bild, das sich für die politische Arbeiterbewegung in Thüringen ergibt, ist betrübend. Die Kommunisten haben durch ihre Spaltungsbewegung nichts anderes erreicht als eine bürgerliche Mehrheit. So müßte, wenn Vernunft regierte, jedermann einsehen, daß auf diese Weise nicht weiterzukommen ist. Der Kommunismus vermag nichts anderes als die Macht, die die Sozialdemokratie zur Vertretung der Arbeiterinteressen aufbringen kann, zu schwächen, ohne selbst zu ihrer Förderung auch nur das allergeringste leisten zu können. Er hat keine Aussicht, seine Phantastereien in die Wirklichkeit umsetzen zu können, ihm gelingt nichts anderes, als die Reaktion zu kräftigen.

Die thüringische Sozialdemokratie hätte den Schaden, der jetzt entstanden ist, eindämmen können, wenn sie den Kommunisten gegenüber eine klarere und festere Haltung eingenommen hätte. Solange die Kommunisten es ablehnen, auf dem Boden des Parlaments und des allgemeinen Wahlrechts praktische Arbeit im Interesse der werktätigen Massen zu leisten, solange sie das unsinnige Ziel verfolgen, durch Gewalt die Herrschaft ihrer eigenen Partei als einer Minderheit auszuüben zu wollen und solange sie als Mittel zur Erreichung dieses Ziel die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Zerstückelung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betrachten, solange bleibt jedes Faktieren mit ihnen Selbstmord. Nur im Kampf gegen diese Zerstörungsarbeit kann sich die Sozialdemokratische Partei konsolidieren.

Der bürgerliche Ordnungsbund hat dabei nicht den allergeringsten Grund, auf seinen Wahlsieg stolz zu sein. Als politisches Ziel hatte er angegeben: Sturz der sozialdemokratisch-kommunistischen Landtagsmehrheit. Dieses Ziel hat er erreicht. Aber die sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit, die sehr knapp war und die schon deshalb niemals den Boden überspannen konnte, sollte als politischer Faktor schon vor den Wahlen zu existieren aufgehört, nachdem sich die Sozialdemokraten aus eigener Erkenntnis von den Kommunisten getrennt hatten. Dafür, daß die knappe sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit als politischer Faktor ausgeschaltet war, hatten die Kommunisten mit ihrer Taktik des Verrates und des Verrats selber schon gesorgt. Dazu war weder der militärische Ausnahmezustand notwendig noch die Entfesselung jener Schlammschlacht, die durch diesen Wahlkampf herbeigeführt wurde. Was in Thüringen in den letzten Wochen geschehen ist, das war eine Schande für Deutschland. Noch niemals ist ein Wahlkampf schmutziger, gehässiger, persönlicher, entfernter von jeder „Höhe des Prinzips“ geführt worden, als dieser. Die Waffe der Gegner bestand so gut wie ausschließlich aus gemeinen Verleumdungen, sie wurde verhärtet durch die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes. Das Ergebnis ist der Sieg einer zusammengeschickten Mehrheit, deren Teile, ohne sich gegenseitig unheilbar zu kompromittieren, gar nicht mit einander zusammenarbeiten können, und die während des Wahlkampfes auch selber erklärten, an eine solche Zusammenarbeit gar nicht zu denken.

Erkauft worden ist dieser Sieg durch eine Stärkung der Strömungen von rechts und links, die die demokratische Staatsordnung selbst negieren und die Gewalt an ihre Fahne geschrieben haben. Die für die Sozialdemokraten die Kommunisten sind für die Rechtsparteien die „Röfischen“ zu einem ernsthaften Gegner herangewachsen. Folge davon ist, daß heute noch niemand zu übersehen vermag, auf welcher Grundlage die neue Regierung gebildet werden soll. So hat der Ordnungsbund im Grunde auch nur Zer-

störungsbewegung geleistet, er steht auf einem Trümmerhaufen, um im Augenblick seines „Sieges“ auch wieder auseinanderzufallen.

## Vorbereitungen zum Hitler-Prozess.

Für den Hitlerprozess war bisher der größte Saal im Gebäude des Münchener Volksgerechts in Aussicht genommen, der ungefähr Raum für 150 Personen bietet. Die große Anzahl der Beteiligten und der Pressevertreter wie das sonstige rege öffentliche Interesse für den Prozess haben die Wahl eines größeren Saales nötig gemacht. Es ist nunmehr gelungen, im Gebäude der ehemaligen Kriegsschule (im Kasernenviertel) die nötigen Räume zur Verfügung gestellt zu erhalten. Im Wünsche aus den Kreisen der Verteidigung entgegenzukommen und wegen der noch zu treffenden technischen Vorbereitungen des Prozesses ist der Verhandlungstermin vom 18. auf den 26. Februar verlegt worden.

Der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität München, Karl Rothenbücher, hat eine Broschüre erscheinen lassen, die für jeden, mag er sich aus politischen, juristischen oder sonstigen Gründen mit dem Prozess beschäftigen, von gleich großem Interesse ist. Sie führt den Titel „Der Fall Kahr“ und beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Mitschuld Kahr's, die gerade vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus von entscheidender Bedeutung ist. Die Untersuchung dieses unparteiischen Geschichtsforschers ist im wesentlichen gegründet auf die Berichte und Erklärungen, mit denen die Beteiligten auf beiden Seiten nach dem Pulch die Öffentlichkeit überschwemmt haben. Rothenbücher untersucht naturgemäß vor allem die Frage nach dem Verhalten Kahr's in der Nacht vom 8. zum 9. November, da „gegen den Generalstaatskommissar der dringende Verdacht der Mittäterschaft an jenem Hochverrat besteht“. Nach sorgfältiger Prüfung aller hier in Betracht kommenden Darstellungen über die Ereignisse im Bürgerbräukeller kommt Rothenbücher zu dem Schluß, „daß Kahr auf die dringenden Bitten und Flehen Hitlers und Poehners aufrichtig und ernsthaft mitlief, nachdem er selbst eine Art Gegenvorschlag gemacht, indem er vorschlug, daß er die Staatshalterchaft für die Monarchie übernehmen wolle. Nun war er ganz dabei. Nur durch tatsächliche Angaben, die bis jetzt nicht erfolgt sind, kann Kahr den Verdacht entkräften, daß er einen Verfassungsverstoß hat verüben wollen und nun sehr langsam, vielleicht später als Löffow, sich entschlossen hat, hiervon abzusehen. Kahr hat am 8. November nach langem Zaudern sich entschlossen, mit Hitler, Ludendorff und Poehner gemeinsame Sache zu machen. Einige Stunden später hat er, der jedoch noch ein Mitrevolutionär war, sich auf sein Amt als Generalstaatskommissar zurückgezogen, um dem Kund der nationalen Revolution, dem er noch eben selbst zur Geburt verholfen hatte, den Tod zu geben. Seine Beweggründe kennen wir nicht.“

Kahr hat den Vertrieb dieser Broschüre in Bayern verboten lassen.

## Scheidemann in Kopenhagen.

Sozialistische internationale Solidarität.

Auf Einladung der dänischen Studentengesellschaft hielt Gen. Scheidemann einen Vortrag über die deutsche Not. In der außerordentlich zahlreichen besetzten Versammlung befand sich auch der deutsche Gesandte v. Müntz. Der Vorsitzende der Studentengesellschaft begrüßte Scheidemann mit herzlichen Worten als treuen Freund Dänemarks. Scheidemann bezeichnete als Ursache der Notlage der deutschen Wirtschaft das Versailles Diktat. Deutschland habe seine geheimen Archive geöffnet. Erst wenn auch die Entente dies getan habe, werde man ein wahres Bild von der Kriegsschuld erhalten. Ganz Europa habe unter dem Versailles Diktat zu leiden. Scheidemann richtete einen warmen Dank an Dänemark für die Deutschland bisher geleistete Hilfe und schloß mit der Bitte um weitere materielle Unterstützung und um moralische Unterstützung für eine Revision des Versailles Diktats. Der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei, Gen. Stanning, empfahl aufs wärmste, das dänische Volkstomitee in seiner Arbeit für die Linderung der deutschen Not zu unterstützen.

## Der polnische Militarismus.

Das neue Militärdienstgesetz.

Die Annahme des Militärdienstgesetzes in Polen wird von den Rechtsparteien als nationale Heldentat gefeiert. Nicht ganz den Tatsachen dürfte es entsprechen, daß der Abgeordnete Zwiatkowski aus Schlesien aus dem Verlaß des schlesischen Sejm, auch dort das Militärdienstgesetz durchzuführen, den Schluß zieht, „daß die ganze Bevölkerung Oberdeutschlands die Einführung des Militärdienstes verlangt“. Der Verlaß wurde dort nur von den polnischen bürgerlichen Parteien wurde dort nur von den polnischen bürgerlichen Parteien gefaßt, die natürlich lange nicht die ganze Bevölkerung Oberdeutschlands vertreten.

Die Grundbestimmungen des Gesetzes sind folgende: Der aktive Dienst dauert 2 Jahre, für reitende Artillerie und Kavallerie noch einen Monat länger. Die Reservepflicht geht bis zum 40. die Landwehrpflicht bis zum 50. Lebensjahr. Die aktive Dienstpflicht dauert vom 21. bis 28. Lebensjahr. Im Kriegsfall sind alle Bürger von 17 bis 55 Jahren, die keinen Kriegsdienst leisten können, hilfsdienstpflichtig. Das Reifezeugnis einer höheren Schule berechtigt zu abgekürzter Dienstzeit in zwei aufeinander folgenden Jahren von 15½ und 3 Monaten. Erhält der Betreffende während dieser Zeit nicht die Offiziersbefähigung, so muß er die volle Zeit dienen. Bestrafungen werden ohne Ausnahme zur Hand gerechnet.

## Internationale Arbeitskonferenz.

Festlegung des Achtstundentages.

In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts über die Festlegung der Regierungserklärung stattgefunden haben, soll wie der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ von unterschiedlicher Seite erfährt, ein Projekt des Arbeitsministers Tom Shaw, die Arbeitsminister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuladen, eine Rolle gespielt haben. Es soll sich vor allem darum handeln, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu beschleunigen und den Achtstundentag international festzulegen. Auch Deutschland soll zu dieser Konferenz eingeladen werden.

Die Arbeitslosigkeit der Kopparbeiter. Der letzte Kongress des Internationalen Verbandes gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit der Kopparbeiter.

In England beträgt die Zahl der arbeitslosen Kopparbeiter 20 bis 25 Prozent aller unter das Versicherungsgesetz fallenden Kopparbeiter überhaupt. In Indien ist die Lage der Kopparbeiter geradezu verzweifelt. Ungefähr dasselbe trifft für Sibirien zu. Sehr groß ist die Arbeitslosigkeit der Kopparbeiter in Holland. Der Prozentsatz der arbeitslosen Handels- und Bureauangestellten ist dort fast 9 Prozent. In der Schweiz haben sich mehr als 3000 Kopparbeiter mit Hochschulbildung als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit der Kopparbeiter tritt nicht so früh in Erscheinung wie die der Handarbeiter, dafür dauert sie länger und es ist schwieriger die Betroffenen anderwärts unterzubringen.

## Das erwachende Indien.

Indien ist das wertvollste Stück Erde, über das England verfügt. Es ist das reichste und am dichtesten bevölkerte Land Afrikas und es ist darum kein Wunder, daß seit der Landung Vasco da Gamas alle großen Seefahrernationen des Mittelalters sich um seinen Besitz bewarben. England hat sie einander alle durch die Ostindienkompanie herauswerfen lassen und sich schließlich offiziell in den Besitz ganz Indiens gesetzt. Es hat nach und nach sich alle einheimischen Fürsten unterworfen hat, das Land organisiert, strategische Eisenbahnen gebaut, Militär aufgestellt und Festungen angelegt und hat dem Land eine glatte industrielle Entwicklung gegeben.

Welchen Wert Indien für die englische Weltstellung hat, geht daraus hervor, daß seine asiatische, seine russische und auch seine Mittelmeerpolitik immer vom Standpunkt seiner indischen Interessen aus geführt wird. Das indische Amt ist das wichtigste politische Amt Englands. Aus diesen gedrängten Angaben wird schon erkennbar, daß der Weltstand des englischen Imperiums, das Gebäude seiner Weltmacht und sein Reichtum mit seiner ungehörten und unbeschränkten Herrschaft über Indien eng verbunden sind.

Die 320 Millionen Inder sind etwas anders als vor Zeiten. Sie haben die Dampfmaschine, den Telegraphen, Eisenbahnen, Maschinengewehre und das Soldatsein kennen gelernt. Das indische Unternehmertum und das moderne Industrie proletariat der großen Städte sind entstanden. Die Errungenschaften der Zivilisation haben den Nationalstolz und das Selbstbewußtsein des Volkes geweckt.

Die englische Herrschaft wird in Indien seit langen Jahren von immer größer werdenden Teilen des Volkes als lästige Fremdherrschaft empfunden. Dies Empfinden ist so stark, daß es sogar den Gegensatz zwischen Mohammedanern und Hindus überwand und diese beiden großen Gruppen zur gemeinsamen Aktion gegen die englische Herrschaft zusammenschloß.

Ein reicher Inder namens Gandhi, der in Südafrika die verächtliche Behandlung der indischen Kulis durch das Quasidertum beobachtet hatte, ging daraufhin nach Indien zurück, entlastete allem Reichtum und zog wie ein armer Wanderer, die Abkühlung der englischen Herrschaft fordernd, durch das Land. Die Bewegung wuchs in himmlischem Tempo. Der „Rebell“ Gandhi wurde von den Engländern zu 8 Jahren Kerker verurteilt. Der Erfolg war, daß auch ohne dieses Haupt die Bewegung stärker wurde und daß vor kurzem die englische Regierung die Erkrankung Gandhis benutzte um die fernere nicht mehr abzulehnenden Forderungen auf seine Freilassung zu erfüllen.

Dazu kommt noch eine sehr erhebliche andere Schwerekeit. Der mächtigste der indischen Fürsten, der Nizam von Hyderabad, fordert, daß die Provinz Berar, die von seinem Vater den Engländern vorübergehend zur Verwaltung übergeben war, ihm zurückgegeben werde. Die indische Regierung kann ihre große Verlegenheit darüber nicht verbergen.

Eine Zweifel ist auch das Erstarken der jetzt zur Regierung gelangten englischen Arbeiterpartei, von der man eine andere Haltung hinsichtlich der Beherrschung fremder Völker erwartet, ein Moment der Förderung der Unabhängigkeitsbestrebungen.

Die Inder fordern die Selbständigkeit Indiens. Sie verlangen „Swarajya“ (Selbstverwaltung). Der indische Nationalkongress hat lobend unter unangehener Beteiligung an allen Landesstellen Indiens seinen Nationalkongress in Südafrika beendet. Gandhi war noch nicht freigelassen. An seiner Stelle leitete der Führer der Mohammedaner, Mohammed Ali, den Kongress. Er betonte in seiner Rede besonders die Pflichten der Mohammedaner in der national-indischen Bewegung und forderte den systematischen Boykott der Schulen und Geschäftshäuser der Regierung, der parlamentarischen Institutionen, aller britischen Waren. Zur Bekämpfung der Massen für bürgerliche Gehorsamsverweigerung und Flucht hinaus, daß, wenn Indien nicht innerhalb eines Jahres die „Swarajya“ habe, müsse es ohne einen Moment zu die „Swarajya“ der indischen Republik erlangen. Eine Resolution, die die Forderung vom britischen Reich als Ziel festsetzte, wurde mit der Begründung, daß der Kongress, der in London wurde, die Forderung der Selbständigkeit, daß diese offene Proklamation den un-

telbaren Kampf mit der englischen Regierung herbeiführen, dem der Kongress im Augenblick noch nicht gewachsen sei. Erst müsse für Indien eine wirtschaftliche und politische Aktion geschaffen sein. Der Vorkampf britischer Waren wurde bestritten. Alle Indier sollen aufgerufen werden, englische Läden abzulegen und englische Waren zurückzuweisen. Ferner wurde beschlossen; die Nationalisten sollten offiziell als Verteidigungsmittel des Kongresses zu formieren, ein Aktionsprogramm zur Massenvermehrung des hinduistischen Götterglaubens gegen die englische Regierung herauszugeben, der Erlass eines Auftrages, der die indische Auswanderung nach britischen Territorien unterbinden soll, eine Kampfschrift für die indischen Opfer der Auswanderung, die den Entschluß ausdrückt, die Arbeit in Indien innerhalb eines Jahres zu erörtern.

Während des Kongresses trat auch die Partei-Swarajya-Partei. Diese Partei ist in den verschiedenen Provinzen sozial aktiv. Ihr Aktionsprogramm, das sie der englischen Regierung überreichte, fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehrerlaubnis für politische Flüchtlinge, die Befreiung aller Beamten mit Indern und die Berufung einer Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung für die indische Selbstverwaltung. Das England wegen dieser Forderungen sehr beunruhigt ist, erklärt, daß es an der englischen Herrschaft über Indien nicht rütteln lassen werde.

Indien ist in ein neues Stadium seiner Geschichte eingetreten. Es bräut mit wachsender Gewalt aus seiner Stellung des unentwickelten Koloniallandes heraus. Die gewaltige Ausdehnung des Landes und die Massen seiner Bevölkerung machen dafür, daß man die Welt in Indien lebende Bewegung nicht in Parallele zu den Aktionen anderer Kolonialländer setzen darf.

Wenn es binnen kurzem notwendig werden wird, englische Mittel für die Herrschaft der englischen Herrschaft über Indien einzusetzen, würde die englische Arbeiterbewegung sich in einer Lage befinden, deren Schwierigkeiten gerade für eine Arbeiterbewegung von großem Grund wären.

### Der deutsche Botschafter bei Voincaré.

Der neuernannte deutsche Botschafter v. Goeth hat gestern nachmittags Voincaré sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Die anschließende Unterredung dauerte 2 Stunden. In dieser Unterredung machte Botschafter v. Goeth auf die Wiederherstellung des modus vivendi im besetzten Gebiet besondere Wertungen der deutschen Regierung. Er erläuterte unter Quarantäne des französischen Memorandums vom 11. Januar die Forderungen der deutschen Regierung und überreichte ein Memorandum mit ihren Argumenten und Wünschen. Auch die Reparationsfrage wurde gestreift.

### Militärkontrolle und Völkerverbund.

#### Neue Vorläufe Macdonalds.

Die Pariser „Ere Nouvelle“ glaubt, für die auf Wunsch Voincarés erfolgte Vertagung der für Sonnabend mit dem deutschen Botschafter v. Goeth vereinbarten Unterredung folgende Begründung geben zu können: Die französische Regierung sei in diesen Tagen von London offiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Ramsay Macdonald in Bezug auf Deutschland neue Vorschläge zu unterbreiten wünsche. Die englische Regierung beabsichtige, den französischen Wünschen nach Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland sehr weit entgegenzukommen unter der Voraussetzung, daß Frankreich sich damit abfinde, daß die Heberhebung sämtlicher vom Völkerverbund angehebt werde und es seinen Vorkriegszustand gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund aufgeben. Das Blatt, das diese englische Initiative als einzige, beiden Schritten zur Wiederherstellung eines endgültigen Friedens begrüßt, sagt ferner, daß gegenwärtig am Canal d'Artois die Stimmung einer Verständigung mit England zweifellos sehr günstig sei, daß man sich aber trotzdem fragen müsse, ob die gegenwärtige französische Regierung imstande sei, eine Verständigung von solcher Tragweite vorzubereiten und glücklicher durchzuführen.

### Glücklich gelandet.

#### Sepp Lutter bei den Nationalsozialisten.

Nachdem Sepp Lutter, der ehemalige braunhirschenhütende Ministerpräsident, aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen worden war, erklärte er ein ständlich kommunistisches Parteimitglied zu sein. Im Landtag fand er allein auf

welter Kultur, bis ihm der rettende Gedanke kam, eine eigene Partei zu gründen, der er den Namen „Volkshund der schaffenden Stände“ gab. Die Sache Lutter vorläufig. Der Herr ernannte sich zum Vorsitzenden, nur die Mitglieder wollten nicht kommen.

In seiner Verlegenheit bewarb sich Sepp um die Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Wie der „Volkshund“ in Braunshweig berichtet, wurde in der Braunshweiger Ortsgruppe der Hitler-Partei heftig über die Aufnahmebereitschaft diskutiert, und da man nicht zu einem Entschluß kam, berichtete man den „Volkshund“ an die Zentrale in München. Diese entschied, daß man ihn in Ehren zu empfangen habe, mit ihm zusammenarbeiten und ihn unterstützen müsse. Heute hat Lutter in den allwöchentlichen Versammlungen der Nationalsozialisten als Hauptredner die Mitglieder in die „Hohe Politik“ (Methode Otto Dietl) einzuführen.

Sepp hat es erreicht. Er wird bei den nächsten Versammlungen gegen den „Kampf Majuba“ wettern können, weil er als eine der besten Sumpfpflanzen für dieses Thema unbeschnitten anständig ist.

### Der Ruck nach links im Zentrum

#### Eine Rundgebung der Abgespaltenen.

Der arbeitereindliche Kurs des Zentrums im Reich rückt sich. Der christlichen Arbeiterpartei sind die Augen aufgegangen und es wird den Führern des Zentrums diesmal nicht mehr gelingen, ihre Anhänger zusammenzubinden, denn die fürchterliche Not hat eine unendliche Erbitterung in der christlichen Arbeiterpartei hervorgerufen. Der Ruck nach links hat sich so elementar vollzogen, daß die christlichen Arbeiter bald in besten Scharen aus der Zentrumspartei flüchten werden. Ein Zeichen dafür war eine gewaltige Rundgebung der Christlich-sozialen Volksgemeinschaft, die am Sonntag in Essen stattfand als Auftakt zu den kommenden Wahlen. Selten wohl sind innerhalb der christlichen Arbeiterpartei so radikale Worte geflürt worden wie in dieser Rundgebung, die aus dem ganzen Industriegebiet herbeizog. Der Hauptredner des Tages, ein Mann der Weltkraft, Johann Wehinger aus Dortmund, leste in eineinhalbstündiger Rede die Ziele der neuen christlichen Partei vor und fand dabei besonders kräftigen Beifall bei der christlichen Arbeiterpartei, wenn er die arbeitereindliche Politik des Zentrums mit den schürren Worten brandmarkte. Er wies auf das Wort vom Dank des Vaterlandes hin und belegte mit hundertfachen Beispielen den schändlichen Betrug am werktätigen Volke; er belebte die realistischen Behauptungen der Sozialisten und die Schwärzereien der Sozialdemokraten. Das Volk sei von den bürgerlichen Parteien in gemeiner Weise hintergangen und ausbeutet worden. Schuld an dem fürchterlichen Elend, an der Armut, Hunger und Inflationspolitik trüge der Kapitalismus, der seine Existenz immer nur vermehren wolle statt für das Volksgut zu sorgen. An der ungerechten Verteilung der Lasten trage auch der frühere Finanzminister Dr. Diercks (Drt.) einen großen Teil der Schuld, weil er im wohlhabenden kapitalistischen Interesse dafür gesorgt habe, daß die Substanz der Finanzen und die Finanzen immer größer werde. Nach während des passiven Widerstandes habe sich die Schwerindustrie an der Not des Volkes bereichert und immer tiefer das Zentrum dabei gewesen, wenn es nicht die sozialistischen Interessen zu wahren. Der Zentrumsvorstand Dr. Marx habe sich das Verschulden an dem nur verschuldet, was mit der Gewalt vor sich alle rechtlichen Reaktionen der werktätigen Schichten zu unterbinden. Nichts habe das Zentrum getan, um das Volk aus dem Elend herauszuführen. — Im Schlußwort dieser große Rede forderte die Volksgemeinschaft der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ aus dem ganzen Industriegebiet zu einer besonderen Konferenz zusammen.

### Kapitän-er Gotteshandel.

Der Pariser „Le Matin“ veröffentlicht einen Prozeß, den eine Presbyterikfirma an die Pariser Devotionalienfabrikanten verurteilt. Er lautet in deutscher Uebersetzung:

#### Spezialist für feibliche Säuber.

#### Heiligenbilder in Radium.

Sie leuchten in der Dunkelheit, und wenn man abends vor ihnen ein Gebet verrichtet, üben sie eine sehr große magische Wirkung aus.

Die Herstellung der Bilder ist sehr feil.

Sie können gleichermäßen für Buddhas und andere Heiligenbilder geliefert werden.

Diese Bilder stellen eine sensationelle Erfindung dar und werden zu Millionen verkauft.

Auch in M u l t e werden in gleicher Ausführung hergestellt.

Da sage man noch, daß es in der Gottesfabrik keinen Fortschritt gibt! Katholiken, Buddhisten, Freischänker werden mit solch ausgeführten, magisch wirkenden Bildern beliefert. Vielleicht kriegen wir nächstens ein Werk über Nadeltheologie.

Im Münchener Sprengstoffprozeß wurden die Kommunisten Steinfurt und Kammerer zu je zwei Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Strafen von sechs Monaten Gefängnis bzw. bis zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Einwand, die Angeklagten hätten einen Nichtputz verhindern wollen, wurde zurückgewiesen, da zur fraglichen Zeit von einem Putz keine Rede war.

### Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Neben dem deutschen Botschafter Wiedfeld und vom amerikanischen Staatssekretär Hughes unterzeichnete deutsch-amerikanische Handelsvertrag werden jetzt Einzelheiten mitgeteilt. Der Vertrag, der auf zehn Jahre geschlossen ist und eine einjährige Kündigungsfrist vorzieht, ist hauptsächlich ein ausgedehnter Gegenseitigkeits- und Meistbegünstigungsvertrag, dessen Text das eheliche Versehen beiden Parteien erkennen läßt, für geordnete und ungehinderte Regelung der Rechtsverhältnisse zu sorgen. Nachdem in der Einleitung mit Rücksicht auf die unterbrochenen Vertragsbeziehungen zunächst die Staatsbürgerrechte, Wohn-, Eigentums- und Bürgerrechte ausführlicher geregelt werden, ordnet der Vertrag weiter das Recht der Konsularbeamten und der Konsulatsgerichtsbarkeit. Am Schluß des Handelsvertrages wird auf die Bestimmungen des Staatsvertrages vom 25. August 1921 „zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen“ ausdrücklich Bezug genommen. Der Vertrag liegt jetzt dem amerikanischen Senat zur Entscheidung vor.

Der Trust von Stinnes vor einer riesigen Erweiterung. Erst vor einigen Monaten hat Stinnes seinen Trust in Deutschland begründet. Sein neuer Trust, dem die Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie (Api), die Aktiengesellschaft Niedel für Montanindustrie, die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Schifffahrt und Seehandel angehören, stellt eine mächtige Kombination der Raffinerie mit deren Verbrauchern und dem Transportwesen dar. Letzten Berichtes zufolge soll dieser neugegründete Trust eine riesige Erweiterung erfahren — der Hauptkonkurrent des Trusts, die Deutsche Petroleumgesellschaft, ein Konzern von gleichem Ausmaß wie der bisherige Stinnes-Trust, soll diesem angegliedert werden. Dadurch wird die völlige Vertreibung der deutschen Petroleumindustrie vollzogen werden. Der Trust soll aber auch über die deutschen Landesgrenzen hinaus erweitert werden; die europäische Petroleumunion mit ihrem Sitz in Zürich soll ihm angeschlossen werden. So würde der Trust zum viergrößten der Welt werden.

Das Rüstungskapital kennt keine Landesgrenzen. Dem englischen „Daily Telegraph“ zufolge, unterhandelt die italienische Rüstungsfirma Ferrero mit dem polnischen Generalstab über die Errichtung bedeutender Waffenfabriken auf polnischem Boden. Der Engländer Vidors, Inhaber der größten englischen Rüstungsfabrik, wurde durch Vermittlung des englischen Botschafters Sir Basil Zavarow eingeladen, in Spanien Waffenwerke zu errichten.

Russische Rohstoffkäufe in Amerika. Aus New-Orleans wird gemeldet, daß von dort auf dem norwegischen Dampfer „Etna“ eine Ladung von 675 Tonnen Baumwollamen nach der Kurantlinie im Weißen Meer verschifft worden ist. Die Ladung ist von der russischen Regierung erworben worden, welche beabsichtigt, in den südlichen Teilen Rußlands, in denen das Klima die Möglichkeit dazu gibt, Baumwollpflanzungen anzulegen. In Rußisch-Turkestan ist bereits eine große Baumwollkultur im Gange. Es handelt sich vermutlich bei dem Bezug amerikanischen Baumwollamens um Kulturversuche zur Erzielung einer bestimmten Qualität.

### „Hygiene der Ehe.“

Ich was gewöhnlich die beiden Personen vorstellen, um die es sich hier handelt: Vater und Tochter, das Mädel hat fünf vor der Petras. Zur Vorbereitung bedachte sie den Film „Hygiene der Ehe.“

Witzig beim Ehen treffe ich sie zum erstenmal nach ihrem Studium des Schicksals. Sie legt sich wie ein Buch auf den Boden und beginnt:

Mutter, hast du dich bei deiner Verheiratung ähnlich unterhalten lassen?

Aber Kind, wie kommt es denn dazu?

Weil es ein Verbrechen ist, wenn man in der Ehe trutz, ohne den ursprünglichen Zweck zu haben.

So? Um das zu etwas an mir anzuhängen?

Ja, das ist die Hauptsache. Vater, dein Brautumschlag deutet auf gewisse Fragen, eure Kinder müssen alle körperlich gesund gelassen haben.

Ja — du mußt es ja wissen.

Natürlich, diese Regel einer Ehenahme; aber wir wären vielleicht ganz anders geworden.

Mit dem ursprünglichen Zweck in der Ehe?

Nein, wenn die Verheirateten länger gesund wären, dann als die Eheleute.

Wahrscheinlich, wie ich schon sagte, daß ihr gar nicht auf der Welt herumspaziert, um euren armen Vater dafür anzuhängen, daß er sich damals nicht hat unterhalten lassen.

Uebrigens, von dir abgesehen, was man früher, heute ist, in solchen Dingen sehr leistungsfähig, beharrt das Mädel.

Denn eben wir haben auch unsere Kräfte, wobei ich ihr in Schamkeit noch recht geben mag. Die neue Zeit bedient unbedingt einen Fortschritt. Ich es nicht schon viel, daß ich die Jugend über solche wichtigen Fragen den Kopf zerbrechen?

Sicherlich, bei Verheiratung, wie ich mich mit der Zeitung zu lesen und Tochter. Da habe ich schon ganz gewöhnlich vor, daß in Rußland die ursprüngliche Unterredung, was von der Petras geworden ist. Betreffs wurde vielen Tausenden die Eheverheiratung verweigert, heute ist ich glücklich dazu.

Den Uebertönen bleiben die Worte mag es lieber sein. Ein Fehler ist in Gefahr.

Verweigert werden? Ich frage sie noch einmal zurück.

Ja, natürlich, wie ich schon sagte, daß ich nicht gewöhnlich bei. Dein Verheiratet mit seiner immer petras Stimme hat über auch je ein Verheiratet irrtümlich. Was nur mal sei!

„Ja, aber betrachten kann man da doch, bloß, ich meine...“

„Ich so, mein Mädel, die Schlußfolgerung macht ihr nicht stehen. Ich hab denn noch logisch?“

„Das Petras, ich habe mir nicht verbieren, das wäre noch besser.“

„So seid ihr Jungen. Alles verlangt ihr anders, aber selber macht ihr keine Fehler bringen. Hier hat du es im Hirnen, was ich im großen gekündigt wird.“

„Das verheiratet ich nicht, Vater.“

„Ich habe keine. Jeder verlangt nur, daß die Heilung, das Verheiratet von außen kommt, er selbst nicht den alten Mann habe.“

„Nicht, hast du recht, soweit habe ich noch nicht gedacht. Schließlich, ich hab mich verheiratet auch nicht den Anfang zu machen.“

„Denn ich hab es an und ging zu ihrem Scherz.“

„Ich aber habe keinen noch, daß es mit dieser „Hygiene der Ehe“ gehen so geht wie mit allem, was verheiratet werden soll.“

„Wahrscheinlich, wie ich schon sagte, daß ich nicht gewöhnlich bei. Dein Verheiratet mit seiner immer petras Stimme hat über auch je ein Verheiratet irrtümlich. Was nur mal sei!“

„Nicht, hast du recht, soweit habe ich noch nicht gedacht. Schließlich, ich hab mich verheiratet auch nicht den Anfang zu machen.“

„Denn ich hab es an und ging zu ihrem Scherz.“

„Ich aber habe keinen noch, daß es mit dieser „Hygiene der Ehe“ gehen so geht wie mit allem, was verheiratet werden soll.“

„Wahrscheinlich, wie ich schon sagte, daß ich nicht gewöhnlich bei. Dein Verheiratet mit seiner immer petras Stimme hat über auch je ein Verheiratet irrtümlich. Was nur mal sei!“

„Nicht, hast du recht, soweit habe ich noch nicht gedacht. Schließlich, ich hab mich verheiratet auch nicht den Anfang zu machen.“

„Denn ich hab es an und ging zu ihrem Scherz.“

„Ich aber habe keinen noch, daß es mit dieser „Hygiene der Ehe“ gehen so geht wie mit allem, was verheiratet werden soll.“

„Wahrscheinlich, wie ich schon sagte, daß ich nicht gewöhnlich bei. Dein Verheiratet mit seiner immer petras Stimme hat über auch je ein Verheiratet irrtümlich. Was nur mal sei!“

„Nicht, hast du recht, soweit habe ich noch nicht gedacht. Schließlich, ich hab mich verheiratet auch nicht den Anfang zu machen.“

„Denn ich hab es an und ging zu ihrem Scherz.“

„Ich aber habe keinen noch, daß es mit dieser „Hygiene der Ehe“ gehen so geht wie mit allem, was verheiratet werden soll.“

„Wahrscheinlich, wie ich schon sagte, daß ich nicht gewöhnlich bei. Dein Verheiratet mit seiner immer petras Stimme hat über auch je ein Verheiratet irrtümlich. Was nur mal sei!“

„Nicht, hast du recht, soweit habe ich noch nicht gedacht. Schließlich, ich hab mich verheiratet auch nicht den Anfang zu machen.“

rische Produktion der Zeugungsdrüsen auch für die Entwicklung der Männlichkeit von bestimmtem Einfluß ist. Wenn ich heute also nach Afrika zurückkehre, so geschieht es auch in dankbarer Erinnerung an die Dienste, die mir der schwarze Erdball bei meinen Anfängen geleistet hat.“ Die Frage, ob die Operation gefährlich sei, beantwortete Boronow mit dem Hinweis, daß er in seiner Praxis bisher nur einen Todesfall zu beklagen hatte. „Nachdem ich seit 2 Jahren die Operationen ausführe“, erklärte er, „ist mir nur ein einziger Patient gestorben, und auch dieser starb nicht an den Folgen der Operation, sondern an Delirium tremens. Der Mann war 77 Jahre alt, und man kann wirklich nicht behaupten, daß ich an seinem Tode die geringste Schuld habe. Das die Ursache meiner Patienten anbetrifft, so bilden Kerze aller Länder unter ihnen die Mehrheit. Ich habe bereits fünf französische, drei russische und einen italienischen Arzt operiert; aber es fehlen in meiner Patientenliste auch die Namen bekannter politischer Persönlichkeiten nicht.“

Damen in Hosen. In einer Stadt im Staate Westvirginia hat die Frage, ob Damen auf der Straße das Tragen von Hosen erlaubt sein soll, an einer allgemeinen Volksabstimmung geführt. Die Herrenwelt hatte im allgemeinen nichts dagegen. Nur die in den Polizeibüros sitzenden Vertreter des männlichen Geschlechts erklärten das Auftreten der Damen in Hosen für unmoralisch, und die Folge davon war, daß die Wahlberechtigten wieder ihre Röcke überlegen mußten. Aber dieses resolute Geschlecht war nicht gewillt, das Verbot so still hinzunehmen. Man wandte sich mit einem geharnischten Frech an den Generalstaatsanwalt. Dieser überließ auf Anraten seiner besseren Hälfte die Entscheidung den Frauen selbst. Durch eine Volksabstimmung, an der sich alle Frauen der Stadt zu beteiligen hatten, wurde die heikle Frage entschieden. Die Frauen entschieden sich mit einer Stimme Mehrheit für die Hosen. Die Polizei war, wenn auch nur knapp, geschlagen.

Der ist ein Held,  
Der kauft sich nicht  
Zum Kampf für das Gute,  
Der trägt jeder finstern Nach;  
Sich nie zum Recht des Dunkels macht,  
Der auch an ein Erwachen glaubt  
Und an ein Licht, das niemand raubt,  
Der, wenn der Kriegsgott triumphiert  
Und Krieg um Reich und Joch sich schürt  
Dennoch den Frieden heilig hält,  
Und lüftet ihn der ganzen Welt,  
Der ist ein Held.

Danziger Nachrichten

Die Reden im Volkstag.

Nachgehend sei eine Statistik über die gehaltenen Reden im Danziger Volkstag wiedergegeben, die ein Genosse in einigen Wochenstunden zusammengestellt hat...

Mehr als 20 Reden während der ersten Legislaturperiode haben gehalten: Brieskorn (wilt) 66, Rubner (Pole) 65, Kłosowski (Soz.) 64, Dr. Cypich (Deutsche Partei) 60, Dr. Bunte (deutschnational) 60, Dr. Müller (Soz.) 58, Philippien (deutschnational) 49, Hennke (Deutsche Partei) 45, Dr. Neumann (Deutsche Partei) 44, Beyer, Otto (Soz.) 43, Dr. Friedrich (Deutsche Partei) 41, Budzinski (Pole) 40, Klettner (Soz.) 39, Spill (Soz.) 38, Böker (deutschnational) 35, Neu (Soz.) 35, Dr. Goening 35, Dr. Bing (Soz.) 33, Matkiewicz (Soz.) 33, Raube (Komm.) 33, Grünhagen (Soz.) 28, Langowski (Pole) 28, Reel (Soz.) 28, Syllet (Zentrum) 28, Schwegmann (deutschnational) 27, Weh (Zentrum) 26, Kof (deutschnational) 24, Banacki (Pole) 22, Kurowski (Zentrum) 22, Pelschowski (Soz.) 21, Döll (Komm.) 21.

Nicht gesprochen haben während der ganzen Legislaturperiode die Abg. Seegler, Vertus, Bennese und Dr. Frank von der Deutschnationalen Fraktion, Schimmer, Samast und Fuchs von der Zentrumsfraktion, Grundmann, Aumann, Dr. Eichert und Förster von der Fraktion der Deutschen Partei, Nowper, Andres, Hohmann und Meerwald von der Sozialdemokratischen Fraktion.

Auf die einzelnen Fraktionen entfallen nach dem Fraktionsbestand am Schlusse der Tagungsperiode folgende Anzahl von Reden: Sozialdemokratische Partei 1220 Reden oder pro Mitglied 14 Reden, Deutschnationaler Fraktion 451 oder pro Mitglied 13,5 Reden, Zentrumsfraktion 138 oder pro Mitglied 9 Reden, Deutsche Partei 310 oder pro Mitglied 14 Reden, Polen 291 oder pro Mitglied 33 Reden und Kommunistische Fraktion 72 oder pro Mitglied 14 Reden. Insgesamt wurden in den 307 Sitzungen der Legislaturperiode 2505 Reden oder pro Sitzung ca. 8 Reden gehalten.

In den 307 Sitzungen wurden vier Staatshaushaltspläne, sechs Staatsverträge, 416 Gesetzentwürfe und 239 selbständige Entwürfe erledigt. Auf die einzelne Vorlage entfallen durchschnittlich 4 Reden, was durchaus nicht als Mangel zu bezeichnen ist. Wenn die Sozialdemokratische Fraktion mit den Reden an der Spitze marschiert, so ist das ein Zeichen, wie sehr sie bemüht gewesen ist, die Interessen der Masse zu vertreten. Die bürgerlichen Parteien standen als Regierungsparteien den Vorlesungen des Senats fast immer von vornherein zustimmend gegenüber und erwarben sich sehr oft eine Beiratsrolle rein formaler Natur für ihre Stellungnahme an. Demgegenüber ließ sich die Sozialdemokratische Fraktion ihr Recht als Oppositionspartei nicht nehmen, alle Handlungen und Verfügungen des Senats kritisch zu würdigen.

Abchluss der Beamtenehalts-Verhandlungen.

Wie in einer Sitzung des Ausschusses des Beamtenehalts wiederholt wurde, stehen die Verhandlungen mit dem Senat über die neue Gehaltsordnung vor dem Abschluss. Vom Senat sind für die Gehaltsanforderungen der Beamten 90000 Gulden monatlich zur Verfügung gestellt worden. Die Wünsche des Beamtenehalts auf Berücksichtigung der unteren Beamtengruppen seien vom Senat infolgedessen berücksichtigt worden, als noch weitere 60000 Gulden monatlich zur Verfügung der Gruppen 2, 4 und 5 und zur Erhöhung der Gehälter bewilligt worden sind. Der Senat hatte im Vorhinein Verhandlungen mit den Vertretern der Behörden am Dienstag erfolgt die endgültige Entscheidung des Senats zur Besoldungsvorlage. Wenn eine Einigung zwischen Senat und Beamtenehalt nicht zustande kommt, dann ist die schnelle Verabschiedung des Gesetzes gefährdet.

Auf der Auszusage wurde weiterhin festgestellt, dass das Ziel der Beamtenehalts bei den Verhandlungen mit dem Senat die Anpassung der Besoldung an die Friedensgehälter sein müsse. Nach der jetzigen Vorlage würde der untere Beamte 105 Prozent, der mittlere Beamte 91 Prozent und der obere Beamte 80 Prozent der Friedensbesoldung erhalten. Die höheren Beamten waren bei der letzten Besoldungsvorlage nicht berücksichtigt worden. Den Anforderungen aus den Kreisen der höheren Beamten sei durch die jetzige Vorlage Rechnung getragen worden. Die Erhöhung der Rinderbesoldung wirkte sich bei den unteren Beamtengruppen nicht so stark aus, als bei den oberen Beamten.

Nach weiterer längerer Debatte, in welcher noch Wünsche der Sachverständigen, der Kanzleibeamten und anderer Gruppen vorgetragen wurden, wurde folgende Entschliessung angenommen:

Der Ausschuss des Beamtenehalts hat von dem Beschlusse des Ausschusses Kenntnis genommen und folgende Entschliessung angenommen:

Der Beamtenehalt hat die Vor schläge des Senats zur Beurteilung der Beamtenehalts mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab einer eingehenden Prüfung untersucht und ist dabei zu folgendem einstimmigen Ergebnis gekommen:

Die Besoldungsfrage in allen Beamtengruppen reichen weitest nicht aus, um eine angemessene Lebenshaltung zu führen. Auch die Tatsache, dass die Beamten der untersten Beamtengruppen ihr Einkommen erreichen können, befriedigt nicht, wenn man die Lebenshaltungskosten aus der Zeit vor dem Kriege und jetzt vergleicht. Nur in der letzten Annahme, dass die Besoldungen der Beamten unverzüglich auf die erforderliche Höhe gebracht werden, sobald sich das Wirtschaftslieben im Freizustand befindet haben wird, kann dem Senatsvorlage als einziger Uebernahmemaßnahme mit dem Beamtenehalt die notwendigen Abänderungen zugewilligt werden. Um Härten der Besoldungsordnung auszugleichen, hat eine Nachprüfung des Gesetzes sogleich zu erfolgen.

Das Ergebnis der Verhandlungen deckt sich mit den von uns vor kurzem mitgeteilten Sätzen, die dem Vor schläge des Senats übereinstimmen. Wenn sich der Senat kurz nach unserer Veröffentlichung bemüht hätte, unseren Bericht als unzutreffend zu erklären, so zeigt der gestrige Stand der Dinge, dass diese „Richtigstellung“ unrichtig und unsere Informationen zutreffend waren.

Gefährliche Seefahrt. Der deutsche Dampfer „Dahner“ auf Station hatte auf seiner Reise von Gueloa in Spanien nach Danzig eine äußerst gefährliche Seefahrt zu bestehen, die den Dampfer zwang, Rotterdam als Nothafen anzulanden. Der

Dampfer war mit Reis beladen und verließ am 5. Januar den Hafen von Gueloa. In der Zeit vom 8. bis 12. Januar geriet das Schiff in vollen Sturm mit orkanartigen Winden. Dabei wurde das Schiff und die Ladung schwer mitgenommen. Das Deck erhielt einen Riß von 1 1/2 Meter Länge. Die Steuerbordseite des Rudermaschinenhauses wurde eingestürzt. Das Rudermaschinenhaus wurde mehrere Fuß hoch mit Wasser gefüllt. Die Ladung wurde in eine schräge Masse verwandelt. Der Schornstein wurde teilweise weggeschlagen. Die Sagen der Offiziere und Mannschaften wurden durch Wasser verdrängt. Die Ladung lagerte sich nach Steuerbordseite und brachte das Schiff in Gefahr. Es mußte ständig versucht werden, die Ladung zurück zu bringen. Das Schiff erlitt eine Reihe weiterer Schäden. Am 13. Januar erweiterte sich der Riß auf dem Deck und das Wasser lag im Schiffe. Am 14. versagten die Pumpen, indem sie durch die übriges Wasser verstopft wurden. Es mußte Notterbaum angelassen werden, wo das Schiff notdürftig repariert wurde. Am 27. Januar konnte die Reise fortgesetzt werden. Am 2. Februar kam der Dampfer in Danzig an, wo der Kapitän Berklarung ablegte.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Durch Verordnung des Senats sind mit Wirkung vom 1. Februar 1923 die Sätze der Erwerbslosenunterstützung erhöht worden. Es werden jetzt gezahlt für männliche Personen: über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 1,55 Gulden (bisher 1,40 Gulden); über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 1,35 Gulden, unter 21 Jahren 0,95 Gulden; für weibliche Personen: über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 1,35 Gulden, über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 0,95 Gulden, unter 21 Jahren 0,80 Gulden. Als Familienzuschläge für den Ehegatten 0,45 Gulden (bisher 0,40 Gulden); Kinder und sonstige unterstützberechtigte Angehörige 0,25 Gulden (bisher 0,20 Gulden).

Ein Erwerbsloser, der Frau und 2 Kinder zu ernähren hat, erhält demnach wöchentlich 16,20 Gulden. Ein Stundlohn ist es jedoch, das nur ein ganz kleiner Teil der Erwerbslosen die Unterstützung erhält. In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar sind an Erwerbslosenunterstützung in der Stadtgemeinde Danzig einfließend, der Gemeinden Ohra und Gmünd nur an 1511 Personen 18701,58 Gulden gezahlt worden, in der Vorwoche an 1331 Personen 14140,16 Gulden. Dabei bezieht sich nach amtlichen Feststellungen die Zahl der Erwerbslosen in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar auf 7200. Fast 1/4 der Danziger Erwerbslosen erhalten demnach keinerlei Unterstützung, sie sind mittellos dem tiefsten Elend überliefert. Das Elend dieser Armen ist unbeschreiblich und Abhilfe das dringende Gebot der Stunde. Es geht nicht an, diese Armen einfach dem Hungertode zu überantworten. Wenn gesetzliche Bestimmungen der Zahlung von Unterstützung an diese Personen entgegenstehen, dann müssen die Gesetze so schnell wie möglich geändert werden. Sicherlich würde auch jetzt schon ein größerer Teil der Arbeitslosen die Unterstützung erhalten, wenn die Behörde weniger bürokratisch vorgehen würde.

Unbefüllte Hoffnungen.

Vor gar nicht langer Zeit berichtete der Staatsanzeiger der freien Stadt alldayentlich leitend über den Antrag der freien Stadt Danzig an das Danziger Handelsgericht, Industrie und Handel glaubten gerade hier im freizügigen glänzende Geschäfte zu machen. Solange Arbeiter und Anwohner in Danzigmarkt einfließen würden, auch das noch der Fall gewesen sein, denn in dieser Zeit emigrierten in Danzig neue Erwerbsunternehmungen wie Pilze nach warmem Regen. Nach Stabilisierung der Währung macht sich nun ein Umschwung bemerkbar. Auch jetzt werden zwar noch neue Firmen in das Handelsregister eingetragen, aber viel größer ist die Zahl der Unternehmungen, die Streichung im Handelsregister beantragt haben. Die Hoffnung auf goldenen Regen ist nicht überall in Erfüllung gegangen.

In der neuesten Nummer des Staatsanzeigers wird bekannt gegeben: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schuhhaus Hermann Erath in Danzig scheint das Verfahren ausichtslos, wegen Unzulänglichkeit der Konkursmasse. Die Firma Heinrich Stöcker G.m.b.H. hat ihren Sitz von Danzig nach Singen verlegt. Ausgeschlossen worden sind: Die Firma Baltische Handelsgesellschaft m. b. H.; J. Papp & Co.; Danziger Handelsgesellschaft; Textilhaus G.m.b.H.; Holz-Handels-Gesellschaft G.m.b.H.; G. E. Dühring & Co. G.m.b.H., Handelshaus Orient, Pommersche Drahtwerke, Danziger Baumaterialien-Handels-Gesellschaft, Freibriemenfabrik „Standard“, Exportbank, G.m.b.H., Eidenische Treuhandgesellschaft, Per. Dakinport- und Industrie-Gesellschaft, Ber. Erdreure Kohlen-Textilien-Verkehr; Lamm-Dijouerie, Bureau Abdi-Gesellschaft, „Dolan“, Expedition und Lagerhausgesellschaft. Recht, wo es wieder fallieren dürfte, zeigt sich die Leistungsfähigkeit in der Danziger Geschäftswelt.

Die Franckie auf der Ströh: Gestern nachmittag wurde der etwa 48-50 Jahre alte Arbeiter Widder auf einer Bank auf dem Kohlenmarkt bewußtlos aufgefunden. Dem Ansehen nach handelt es sich um eine Epilepsieerkrankung. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Entlassung verstarb.

Abstrakte Verkaufsverweigerung. Der Milchhändler Karl Kuisin in Ohra, Schönfelder Weg 53, verweigerte am 21. Oktober 1923 die Abgabe von Milch in im Bezirk üblichen Mengen gegen Bezahlung in Reichsmark. Wegen Verkaufsverweigerung wurde er mit 30 Gulden rechtmäßig bestraft.

Stadtmuseum. Nachdem der Verkauf des Stadt. museums einige Wochen hindurch geschlossen bleiben mußte, ist er von heute ab wieder jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 5-8 Uhr unentgeltlich geöffnet. Wir möchten alle künstlerisch Interessierten ermahnen auf diese günstige Gelegenheit, ihre Studien zu betreiben, hinweisen. Neben einer umfangreichen Bibliothek Herr Kunz und Kunstgewerbe haben Klavierwerke mit vorzüglichem Wirbelgaben in reicher Menge zur Verfügung. Unter den Neuerwerbungen ist vor allen Dingen die von Geheimrat Kessen herausgegebene Sammlung „Meister des 17. Jahrhunderts“ zu erwähnen, die für das Kunsthandwerk wertvolle Anregungen liefern kann.

Sechshundertfünfzig. Vor der staatlichen Prüfungskommission für Seeschiff in Danzig bestehend am 7. Februar Herr S. Gorkowski und A. Westergaard aus Danzig die Prüfung zum Schiffer auf Küstenschiffen.

Polizeibericht vom 12. Feb. nar 1924: Festgenommen: 21 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 2 Unterschlagung, 2 Vandalismus, 2 Körperverletzung, 0 Trunkenheit, 7 Postverstoß, 3 Personen abgeholt, 1 zur Beschuldigung angegeben.

Die Aburteilung eines Getreide-Rebellen.

Die Aburteilung des Brotgetreides zu den gesetzlich festgesetzten Preisen im Rahmen des im vorigen Jahre von Volkstag beschlossenen Umlagegesetzes wurde bekanntlich von den Agrariern hartnäckig sabotiert. Der Senat ließ sich von den Agrariern sogar soweit bringen, auf die Einziehung des letzten Drittels der Umlage zu verzichten. Jetzt kam endlich ein Fall von Sabotage zur Aburteilung. Angeklagt war der Gutbesitzer M u h l in Gaspich (Kreis Danziger Höhe). Sein Gut von 2720 Morgen Größe, darunter 800 Morgen Weizen, wurde veranlagt, 1075 Zentner Getreide zu liefern. Die Verzögerung erfolgte im September 1922. Lieferungsstermine waren der 15. Oktober, 15. November und 15. Dezember. Der Gutbesitzer schrieb dem Kreisamtsrat, daß der Probepflanzschicht ausgefallen sei und er das Getreide deshalb nicht liefern könne. Er gebrauchte es selbst. Trotzdem ersuchte er jedoch um die Genehmigung, 200 Zentner von dem damals allgemein als beschlagnahmt erklärt gewesenen Getreide verkaufen zu dürfen. Der Kreisamtsrat verlängerte ihm darauf den Termin für die erste Lieferung auf den 1. Dezember. Der Angeklagte lieferte aber nicht. Am 3. Februar 1923 legte er beim Kreisamtsrat eine Beschwerde gegen seine Veranlagung ein. Diese ging an den Wirtschaftsausschuß des Volkstages. Am 26. März wies der Wirtschaftsausschuß die Beschwerde zurück und teilte mit, daß die Veranlagung nunmehr eine endgültige sei. M u h l wurde aufgefordert, nunmehr unverzüglich zu liefern, da sonst mit Strafmaßnahmen vorgegangen werden müßte. Der Angeklagte lieferte aber trotzdem nicht. Die Getreidelieferung wurde dann in Geld veranlagt und der Gerichtsvollzieher erhielt im Juli den Auftrag 7 1/2 Millionen Mark zu pfänden. Bei der Pfändung stellte der Gerichtsvollzieher fest, daß der Angeklagte in der Lage sei, Getreide zu liefern. Infolge der Geldentwertung wäre der Angeklagte in der Lage gewesen, das Erbschaftsgeld durch Verkauf von 150 Zentner zu bezahlen. Ein Sachverständiger wurde beauftragt, die Liefermöglichkeit abzuschätzen. Dieser stellte fest, daß etwa 600 Zentner zur Verfügung ständen. Das Getreide wurde nunmehr enteignet und dem Angeklagten am 6. Juli aufgegeben, es innerhalb 8 Tagen zu liefern. Der Angeklagte erklärte aber, daß er nicht liefern könne, weil er in der Gegenwart sei. Nun war die Geduld des Kreisamtsrates zu Ende. Dem Angeklagten wurde mitgeteilt, daß das Getreide auf seine Kosten abgeholt werden würde. Gleichzeitig erfolgte die Anzeile an die Staatsanwaltschaft.

Der Angeklagte konnte sichhaltige Entschuldigungen nicht vorbringen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß der Angeklagte sicher in der Lage war, einen Teil des Getreides zu liefern, er aber nicht geliefert hat. Wenn jeder so handeln wollte, dann würden die Gesetze unwirksam gemacht werden und eine große Gefahr für die Ernährung des Volkes entstehen. Er wolle dem Angeklagten gnade halten, doch er nicht den Weg eingeschlagen habe, den viele Betrüger gewählt hätten, statt der Lieferung sich mit entwertetem Gelde loszukaufen, indem das Getreide heimlich verkauft und zu Geld gemacht wurde. Der Angeklagte habe aber passive Resistenz geübt. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis oder 600 Gulden Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 2 Wochen Gefängnis oder 600 Gulden Geldstrafe wegen Verweigerung gegen das Umlagegesetz.

Zu sehr man es begrüßen muß, daß endlich einer der zahlreichen Sabotageakte gegen das Getreideumlagegesetz zur Aburteilung gekommen ist, so bedauerlich ist die außerordentliche Langmut und Saumseligkeit, mit der die Behörden diese Gesetzesverächter behandelt haben. Durch diese Lieferungsverweigerungen der Besitzer ist damals die Versorgung der Bevölkerung mit Brot sehr gefährdet worden und der Staat hat bekanntlich große Mengen Auslandsgetreide zu hohen Preisen aufkaufen müssen, nur um die Bevölkerung mit Brot beliefern zu können. Dadurch wurden auch die Brotpreise sehr weit über den Stand im Reich hochgetrieben. Wie es sich aus den jetzt gerichtlichen festgestellten Einzelheiten dieses Falles ergibt, haben die Behörden damals schwer verfaßt. Sie ließen sich von den Besitzern, wie es dieser Fall zeigt, in lächerlicher Weise an der Nase führen. Die wichtigsten Ausreden, fanden bei ihnen weitgehende Berücksichtigung. So hätte man die Ausrede von dem schlechten Ergebnis des Probepflanzschicht sofort damit beantworten müssen, daß der Gutbesitzer veranlagt wurde, unverzüglich den ganzen Druck vorzunehmen. Und wenn er dann weitere Ausreden gemacht hätte, dann müßte ihm ein Verwalter eingesetzt werden, der das Ausdrücken vornahm. Dann wäre die Sache sofort im Herbst in Ordnung gekommen und alle übrigen Landwirte hätten ihr Getreide vorfristmäßig abgeliefert. Statt dessen ließ man das Volk hungern und sich die Sache fast ein Jahr lang hinziehen, um erst dann zu entscheiden, daß noch immer eine Lieferungsunmöglichkeit besteht. Wenn diese Fälle damals sofort zur schnellen und wirklichen Aburteilung gekommen wäre, hätte es um die Ernährung der freizügigen Bevölkerung im vorigen Jahre erheblich besser ausgesehen.

Ein besonderes Gesicht bekommt diese Angelegenheit noch dadurch, daß es sich bei dem Gutbesitzer M u h l um einen als Wortführer auftretenden bekannten deutschnationalen Parteigänger handelt, dessen Bruder Staatsanwalt ist und ebenfalls in der Deutschnationalen Partei eine führende Rolle spielt. Das alles zeigt, was diese Partei unter der von ihr vielgerühmten „Ordnung“ in unserem Staate versteht und wie sie dieselbe aufrechterhalten will. Der Bruder des Reiraffen, also der Staatsanwalt, brachte es sogar noch fertig, anlässlich der bekannten Vorfälle beim letzten Landarbeiterstreik die Behörden im Großen Herbe anzuklagen, in der Untersuchung gegen die verhafteten und beschuldigten Landarbeiter mit aller Schärfe aufzutreten! Wenn sein Bruder jetzt dagegen sehr milde wegkommen ist, so ist das natürlich keine Klassenjustiz!

Ueberblick vom 12. Februar 1924.

Beziehungen: Von Schillo bis Km. 66,5 (0 Km. unterhalb Jordan) Eisenbahn mit mehreren kleinen Anlagen. Eisenbahn bis Km. 66,5 (0 Km. unterhalb Jordan) Unterhalb der Bruchstelle bis zur Mündung Pruch- und Grundrischreiben bis zu hart K Strombreite. Eisenbahn in See gut. Eisenbahn d. Dampf: „Drems“ und „Brah“ vor Ort; „Welle“ liegt im Aufmer Hafen. Eisenbahn: „Ferse“ von der Bruchstelle bis Neuenburg. „Montan“ von Dirschau bis Neuenburg. „Opa“ von der Mündung bis Dirschau. „Rogat“ bunkert Kohlen in Dirschau. „Schwanwasser“ kreuzt in der Mündung. „Pruchina“ liegt im Schwanenhorster Hafen.

Standesamt vom 12. Februar 1924.

Todesfälle: W. Marie Klein, 76 J. 3 M. - Frau Lieschen Dehne, geb. Seefeldt 37 J. 9 M. - E. A. Seefahrer's Witwe Dehne 2 J. 4 M. - Schneiderin Elisabeth Gebrbaum 50 J. - Frau Gertrud Schwede, geb. Höpfer 24 J. 3 M. - Volontär Kurt Arens 17 J. 10 M. - Arbeiter Dennis Roder 68 J. 5 M. - Genverwalter Richard Glaben 42 J. 7 M. - Schiffbauer Fritz Scholz 57 J. - Stüber, mehrere Personalien fehlen.



# Danziger Nachrichten

## Einen Vorstoß gegen die öffentliche Wohnungswirtschaft

macht die Deutsch-Danziger Partei im Volkstages. Ihre Abgeordneten darunter auch Adelsheim haben mit Unterstützung des deutschnationalen Hausbauvereins mit Erfolg einen Antrag im Volkstages eingebracht, in dem der Senat ersucht werden soll, auf beschleunigtem Wege eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche das Privatkapital am Wohnungsbau interessiert und eine Wiederbelebung der freien Bautätigkeit für den nahe bevorstehenden Winter 1924 ermöglicht. In diesem Zweck wird gefordert: ein Vorschlag über die Kreditbeschaffung für die erforderlichen Neubauten; weiterer die Aufhebung der Beschränkungen in der freien Verfügung über das Eigentum an Grundstücken; ferner die Durchführung der den Verkehr mit Grundstücken übermäßig belastenden Grundbesitzsteuer, Gerichts- und Notariatsgebühren auf ein ertarliches Maß; und sofortige Milderung der Verordnung über die Anwesenheitspflicht der Wohnungsbauer, weiterhin Abschaffung der mit dem Eigentum an Grundstücken verbundenen Pflichten wie a. B. der Grundbesitzsteuer.

Ein Abbau der Wohnungswirtschaft ist für die Sozialdemokratie gänzlich undisziplinabel, solange Ansoch und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nicht in Uebereinstimmung gebracht worden sind. Infolgedessen der großen Nachfrage über die Neuterbauarbeiten im Volkstages hat die Sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Wen. Wohl den Sena gewiesen für die Aufhebung der Mittel zu einer großzügigen Bautätigkeit. Bei der Beratung der neuen Wohnungswirtschaften wird der Standpunkt der Sozialdemokratie zu dieser Angelegenheit eingehend dargelegt werden.

**Der Wohnungsbau der Städte.** Die Bautätigkeit ist in deutschen Großstädten im zweiten Viertel des vorigen Jahres gegen das erste infolgedessen etwas besser geworden, als 12 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt wurden. Im Verhältnis zu der Einwohnerzahl hat Pöbel die meisten neuen Wohnungen erhalten. 170 auf 100 000 Einwohner. Es folgen Kassel mit 173, Mainz mit 145, Duisburg mit 142. Am wenigsten neue Wohnungen gab es in Barmen und M.-Gladbach. Im ganzen wurden neu hergerichtet in Stettin 241, Posen 179, Altona 42, Barmen 12, Berlin 310, Bochum 16, Braunschweig 30, Bremen 95, Breslau 145, Kassel 240, Chemnitz 106, Krefeld 127, Dortmund 80, Dresden 108, Duisburg 346, Düsseldorf 84, Elberfeld 54, Erlang 65, Essen 313, Frankfurt a. M. 179, Gelsenkirchen 71, Halle a. S. 105, Hamburg a. N. 52, Hamburg 824, Hannover 51, Karlsruhe 176, Kiel 48, Köln 129, Königsberg i. Pr. 99, Leipzig 286, Lübeck 204, Magdeburg 25, Mainz 210, M.-Gladbach 7, Münster 86, Plauen 31, Stuttgart 252. — In Danzig hat im Jahre 1923 die Gesamtzahl der Wohnungen um 293 zugenommen. Durch Neubau sind 298 Wohnungen entstanden, durch Um- oder Aufbau 67. Von Neubaun wurden 22 Häuser errichtet mit 110 Zweifamilienwohnungen, 1 Arbeiterwohnhaus, 1 Wohnhaus mit 9 Drei- bzw. Vierzimmerwohnungen. Durch gemeinnützige Bauvereinigungen wurden 2 Häuser errichtet mit 12 Wohnungen, wovon 8 zwei Zimmer haben.

### Aus dem Volkstages.

Der deutschnationalen Abgeordnete Falkenberg forderte vom Senat Maßnahmen gegen die polnische Eisenbahnverwaltung, die versuche, ihre Beamten, Angehörigen und Arbeiter zu beeinflussen, daß sie ihre Kinder in polnische Schulen schicken.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Fedmabstl antwortete der Senat: Die alten Drömmenpachtzinsen sind von der Domänenverwaltung des Senats vom 1. Juli 1922 ab auf Roggenwert umgestellt und nach dieser Berechnung bis zum 31. Dezember v. J. in Reichsmark bezahlt worden. Vom 1. Januar d. J. ab wird der Pachtzins in Gulden bezahlt. Der Pachtzins ist vierteljährlich voraus fällig.

Zwangsvollstreckungen gegen Einkommensteuerschuldner sollen gegenwärtig sehr oft stattfinden. Abg. Schwegmann (Dnalk.) wünscht in einer kleinen Anfrage, daß dabei mit Schonung vorgegangen werde. Ein etwas umständlicher Weg! Denn der Senat und die leitenden Beamten in der Steuerverwaltung stehen der Deutschnationalen doch sehr nahe.

### Die Mietsdifferenzen in Ohra.

In Ohra wurde am 5. Januar durch Ausschuss bekanntgegeben, daß die Miete vom 1. Januar ab auf 50 Prozent der Friedensmiete erhöht sei. Bei den Mietzinszahlungen am 1. 2. oder 8. Januar verlangten die Hauswirte schon die erhöhte Miete und sie wurde teilweise bezahlt, teilweise wurden nur die bisherigen 15 Prozent gegeben. Die 50prozentige Festsetzung der Miete hat nun an die Bedingung geknüpft, daß der Mieter mit Trinkwasser beliefert wird. Außerdem muß der Mieter eine 14tägige Kündigung, gefälligst festgelegt, vorangehen; denn es soll dem Mieter die wirtschaftliche Einstellungsmöglichkeit gelassen werden.

Nun gibt es Fälle, in denen des letzten Friedens halber Mieter ihrem Vermieter gegenüber auf Kündigung bei der Reichsmarkwirtschaft verzichteten, jetzt aber Kündigung beabsichtigen. Hier gibt in Ohra der Senat der Mieterschutzbestimmungen, nach dem jede gütliche Vereinbarung erst dann rechtswirksam ist, wenn sie das Mietvereinigungsamt genehmigt hat. Ist das nicht geschehen, dann kann auch jetzt Kündigung verlangt werden. Ist sie aber erfolgt, so besteht die sogenannte „Jeweils-Klausel“. Nach meinem Rechtsempfinden ist in diesem Falle der Mieter verpflichtet, an dem Tage der Mietzahlung die geltende Höchstrente zu entrichten; in Ohra hätten also diese Mieter selbst am 3. Januar nur die 15prozentige Friedensmiete zu bezahlen brauchen und waren zur Mehrzahlung durchaus nicht zu zwingen. Ich halte dafür, daß die Bekanntmachung vom 5. Januar die Mieter auch nicht zu Rechtschuldnern machte, daß sie jedoch ohne Kündigung am nächsten Zahlungstage, also am 1. Februar 50 Prozent zu zahlen hatten, wenn, ja wenn, auf Grund der besonderen Bedingungen dem Vermieter überhand die 50 Prozent zustehen.

Die Vermittlung unter den Vermietern Ohras ist groß, ihre Mühlgelt noch größer und das Entgegenkommen des Schiedsmannes am größten. Der Schiedsman hat auf Antrag des Vermieters „Rechtsschuldnern“, d. h. Mieter, bei denen die gütliche Vereinbarung nicht besteht oder nicht genehmigt ist, die 15 Prozent zahlen und die weiteren 35 Proz. im Laufe des Monats nicht zahlen, vor sein Forum, spricht an, daß die Verpflichtung zur Zahlung bestehe und, wenn Zahlung nicht erfolgt, wird unter Einreichung des betreffenden Protokolls des Schiedsmannes beim ordentlichen Gericht erhoben. Es ist der Zahlungsbefehl des Amtsgerichts erlassen, doch allerdings ohne weitere Prüfung die erst infolge erhobenen Widerspruchs einsetzt. Man darf gespannt sein, ob das Gericht sich auf diesem Wege zu einer Aufschaltung des Mietvereinigungsamts drängen lassen wird. Seine Arbeit wird hier berichtet werden. Beyer, Abg.

Die Sattler und der Häftlingsrat. Eine stark besuchte Mitarbeiterversammlung des Sattler-, Tapezier- und Portefeinischer-Vereins nahm zu der Frage der großen Arbeitslosigkeit und zu dem Kampf des Unternehmertums gegen den Häftlingsrat Stellung. Der Referent Pleitner legte

die Gründe dar, die die Arbeitgeber jetzt veranlassen, den Kampf gegen die Arbeiterkraft zu führen. In der Diskussion wurde ausgiebig darüber gesprochen und auf die Härte gegen die Maschinenarbeiter protestiert. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die Sattler-, Tapezierer und Portefeiniker nehmen Kenntnis von den Wünschen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und erklären, daß sie vor dem Kräfte nicht 10 Stunden gearbeitet haben und auch in Zukunft nicht arbeiten werden. Der allgemeinen Kampfanfrage der Unternehmer stellen sie das solidarische Handeln der Gesamtarbeiterkraft gegenüber.“

### Die Frau mit den zwei Seelen.

Auf das politische Gebiet spielten umfangreiche Hochflapelen hinüber, die der Schriftstellerin Margarete Mosel zur Last gelegt wurden und die die dritte Strafkammer des Landgerichts II in Berlin beschlagnahmt. Die 1888 in Danzig geborene Angeklagte ist eine Frau von unübelbarer Begabung, die aber auf die abschüssige Bahn geraten ist, denn sie ist bereits achtmal verurteilt.

Auf Grund ihres Lehrtunverhaltens war sie Hauslehrerin, später Vorkullelerin in Litva und im Krieges Krankenschwester. Ueberall erhielt sie die besten Zeugnisse. So wurde ihr besagt, daß sie eine selten begabte Erziehlerin und Pädagogin sei. Aber schon als Jugendliche mit 20 Jahren erhielt sie wegen Betruges einen Verweis; dann wurde sie wiederholt wegen Diebstahls und Rückfalldelikts bestraft. Die Angeklagte hatte sich auch erfolgreich schriftstellerisch mit Novellen, Gedichten und Märchenabhandlungen betätigt. Im Jahre 1922 veranlaßte sie Märchenaufführungen mit Erlaubnis des Kultusministers in der Staatsoper und nachher noch in verschiedenen anderen Theatern. Durch ihre schriftstellerische Tätigkeit hatte sie Beziehungen zu Zentrumskreisen gewonnen und war mit dem Wohlfahrtsminister Hertfelder und dem früheren Ministerpräsidenten Abg. Stenerwald bekannt geworden. Ihren angeblichen Kollegen von der Presse erzählte sie, daß sie in der Lage sei, billige Lebensmittel zu beschaffen, und ließ sich zum Ankauf derselben verschiedene Beträge auszahlen, lieferte jedoch nicht. Nunmehr hatte sich die Angeklagte wegen vollendeten Betruges in fünf verurteilten Beträgen in zwei und schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen zu verantworten. Vor Gericht war sie im wesentlichen geschuldig und gab zu, vielfach geschwindelt zu haben. In ihren Verteidiger habe sie ein Schreiben gerichtet in dem es heißt: „Ich bin seit überaus, daß ich zwei Seelen habe. Gerade in dem Augenblick, als ich geboren wurde, starben zwei Menschen, eine harmlose Klosterfrau und ein Verbrecher. Die Seelen verließen gerade ihre Körper, als Gott mir das Leben einhauchen wollte. Beide Seelen tranken in meinen kleinen Körner ein und kämpften nun unaufhörlich um ihre Existenz.“ Medizinalrat Dr. Fische erkrankte ein Gutachten über den Geisteszustand der Angeklagten. Das Mitleid ihres Lebens läge in ihrer krankhaft geteiltern Frömmigkeit und in ihrer Einbildungskraft. Sie lebt in einer einseitigen Welt. Es liegt bei der Angeklagten eine psychogene Willensführung vor. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

### Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 11. 2. 24  
1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden.  
1 Million poln. Mark: 0,83 Danziger Gulden.  
1 Rentenmark 1,32 Gulden.  
Berlin, 11. 2. 24  
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.  
Danziger Getreidepreise vom 11. Februar. (Ämtlich.)  
In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10,20—10,40, Roggen 6,30—6,40, Gerste 6,75—7,00, Hafer 6,00—6,30.

## Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.  
Heute, Dienstag, den 12. Februar, abends 7 Uhr:  
Gastspiel-Schauspielpreise.  
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.  
Letztes Gastspiel Prof. Ferdinand Gregori, Berlin.  
**Rosmerholm**  
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen  
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Mer-  
Johannes Rosmer, Felsler von  
Rosmerholm, ehem. Pfarrer.  
Rebecke West, im Hause bei  
Johannes Rosmer. . . . . Dora Ottenburg  
Ulrich Brendel. . . . . Carl Brindel  
Derer Mortensgard. . . . . Gustav Nord  
Frau Helfsted, Haushälterin auf  
Rosmerholm. . . . . Jeny von Weber  
\* Johannes Rosmer: Ferdinand Gregori a. G.  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Mittwoch, 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten  
Serie 2 „Margarethe“. Große Oper.

**UFA**  
**LICHT-SPIELE**  
Am Hauptbahnhof 11963  
Das erstklassige Programm!  
Vom 12. bis 21. Februar 1924:  
Uraufführung des neuesten Großfilms  
**Die Finanzen des Großherzogs**  
6 Akte Nach dem bekannten Roman des schwed. Schriftstellers Frank Heiler, der vor etwa Jahresfrist in der „Danziger Zeitung“ erschien.  
Hauptdarsteller:  
Alfred Abel — Harry Liedtke  
Mady Christians a. a. m.  
Der Film ist ein Produkt der Ufa und ein Großfilm allerersten Ranges. Die Darsteller bieten durchweg Meisterleistungen.  
**Tiergärten des Meeres**  
Tiersstudie in 1 Akt.  
**Der Röntgenblick**  
Zeichentrickfilm in 1 Akt.  
Vorführung 4, 6 und 8 Uhr.  
Dauer- u. Freikarten diese Woche ungtl. gg.

Die Vereinigung vom Personal der ehem. Gewehrfabrik in Begräbnisstätten  
hält am Sonntag, den 17. Februar, vorm. 10 Uhr, ihre Jahresversammlung im Lokal Gr. Schwalbengasse 18 ab. Die Umstellung auf Gulden muß bis 1. April beendet sein.  
Der Vorstand.

**Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte**  
**E. Kochmann, Schießdamm 49.**

Frostfreie, erstklassige  
**Apfelsinen u. Zitronen**  
frisch eingetroffen.  
Obsthandlung Meltz, Langgarten 113,  
an der Milchamendbrücke. (11959)

**Tüchtige Kolporteurs**  
für Läden links und alle anderen Parteizeitschriften  
finden lohnenden Verdienst.  
Buchhandlung „Volkswacht“  
Am Spendhaus 6.

**UFA-LICHTSPIELE**  
im Wilhelm-Theater  
Danzig, Langgarten  
Ab heute, den 12. Februar 1924:  
Der amerikanische Griffith-Film der Ufa:  
**Eine Blüte geblüht**  
Die Geschichte eines gelben Mannes und eines weißen Mädchens in sechs hochdramatischen Akten mit der entzückenden amerikanischen Filmschauspielerin  
**LILIAN GISH**  
Regie: D. W. Griffith 11964  
**Gestörte Flitterwochen**  
B.-B.-Lustspiel in 3 Akten  
**Modetorheiten**  
Zeichentrickfilm — 1 Akt

Die  
**Singer Nähmaschine**  
in altbewährter Güte.  
Erleichterte Zahlungsbedingungen  
Frachtfreie Lieferung 11952  
**Singer Co., 1. Damm 5**  
Nähmaschinen-Akt.-Ges., Danzig.  
**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

**Politisches Handbuch der Freien Stadt Danzig**  
von E. Groß, Direktor beim Volkstages  
Inhalt  
1. Auszug aus dem Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 — 2. Bekanntmachung der Freiheit der Stadt Danzig — 3. Verfassung der Freien Stadt Danzig vom 14. Juni 1922 mit Anmerkungen — 4. Konvention zwischen der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig vom 9. November 1920 — 5. Statistische Angaben und wichtigere Geschäftszahlen — 6. Geschäftsordnung für den Volkstages der Freien Stadt Danzig vom 21. Febr. 1923 — 7. Führer der Danziger Bewegung — 8. Ämtliches Ergebnis der Wahlen vom 18. 11. 1922 — 9. Verzeichnis der Abgeordneten des Volkstages der 2. Wahlperiode (alphabetisch geordnet mit biographischen Aufzeichnungen) — 10. Vorstand des Volkstages — 11. Fraktionen des Volkstages — 12. Bureau des Volkstages und seine Einrichtungen — 13. Beschreibung des Volkstagesgebäudes — 14. Senat der Freien Stadt Danzig: a) Mitglieder, b) Staatsbehörden — 15. Ueberblick über die Plätze der Abgeordneten im Sitzungssaal  
**Buchhandlung J. Sehl & Co.**  
Danzig, Am Spendhaus 6. Telefon 3290

**Fell-Lornister u. Schultasche**  
verkauft billig  
Hab, Kammbau 20, 1 Tr.  
**2-räd. Handwagen Alaska-Raninchen**  
für Rasen, zu verk.  
Tropf, (1)  
Wichersstr. 25, 1 Tr. rechts.  
Ein gut erhaltenes  
**Brammophon**  
mit Platten hat preisw.  
zu verkaufen. (1)  
Adolf Jahnke, Kofen.  
**Zwei möbl. Zimmer**  
ohne Betten, zu vermieten.  
Zloch,  
Alte Gasse 10, 2 Tr.  
Ein älteres Fräulein sucht  
leeres od. teilw. möbl. Z.  
**Zimmer**  
in besserem Hause. Offert.  
unt. U. 1957 an die Exped.  
der Volksstimme. (1)  
In Kochtöpfe  
werden neue Böden ein-  
gelegt. Alle Reparaturen  
preiswert. (11921)  
Bobc Selara 18

## Kleine Nachrichten

Das Ende des deutschen Seemannsstreiks in England. Aus London wird gemeldet: Der Streik der deutschen Seeleute ist beendet, es wurde ein Abkommen getroffen.

**Polizeipräsidenten-Austausch?** In der „Radde, Wg. 31a.“ werden „Verträge“ verzeichnet, wonach beabsichtigt sein soll, die Polizeipräsidenten Runge-Halle, Artauer-Platz, Burg und Führung-Königsberg untereinander auszutauschen. Auf diesem Wege soll angeblich der Fall Hübner seine Entscheidung finden.

**Schneesturm in Polen.** Im westlichen Kleinpolen wütete ein gewaltiger Schneesturm mit Blitz und Donner. In vielen Stellen sind die Eisenbahnstrecken sowie telegraphische und telefonische Verbindungen beschädigt. Die Wege von und nach Krakau erleiden Verspätungen infolge von Schneewehungen. Auf der Strecke Krakau-Zakopane ist der Zugverkehr eingestellt. Zakopane ist von der Außenwelt abgeschnitten. In Krakau schlug der Blitz in die Marienkirche.

**Ein Gemälde.** In dem schweren Unglück bei der Aufnahme des Films „Duo vadit“ in Rom wird mitgeteilt, daß einer der Operateure, durch ein Essensgitter geschüttelt, in aller

Nähe den blutigen Zwischenfall kurbelte. Der Film wurde beschlagnahmt und wird dem Gericht als Beweismaterial dienen. Die weiteren Arbeiten für den Film sind bis auf weiteres eingestellt worden.

Die polnische Küstenschifferei beschäftigt zurzeit 1200 Fischer. Gefangen werden hauptsächlich Sprotten, von denen 2-3 Mill. Kilogramm jährlich auf den Markt gelangen. Die größere Bedeutung hat die Fischerei im Binnenlande, die etwa 5000 Fischer beschäftigt und aus Seen und Flüssen insgesamt etwa 10 Mill. Kilogramm Fische liefert. Noch wenig entwickelt ist die Teichwirtschaft. Der polnische Fischbedarf kann jedoch nur etwa zu einem Drittel durch die polnische Fischerei gedeckt werden. Die Einfuhr betrug 1920 70 Mill. Kilogramm, 1921 90 Mill. Kilogramm und im ersten Vierteljahr 1922 20 Mill. Kilogramm Feringe und ohrpreußische Weißfische.

**Amerikas Kampf gegen den Alkohol.** Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß amerikanische Schiffe mit der Berechtigung „nur Küstenschiffahrt“, der Verschlagung und Konfiskation unterliegen, wenn sie dabei abgefaßt werden, daß sie ausländische Alkoholschiffe, welche außerhalb der Vereinigten Staaten in Territorialgewässern liegen, mit Lebensmitteln versehen.

**Der Achtundtags in Deutsch-Ostpreußen.** Die Konferenz der Reichsständlichen Gewerkschaftsvorstände hat angesichts der Vorhölle des Unternehmertums, ganz besonders der unter

dem Einfluß Stinnes stehenden Alpen Montangesellschaft, die Abwehraktion der einzelnen Gewerkschaften zur gemeinsamen Sache der Gesamtbewegung erklärt und den energischsten Kampf gegen jede Verletzung des Achtundtags angefündet.

**New-York in tiefem Schnee.** Ueber New-York ist der heftigste Schneefall dieses Winters niedergegangen. Der Schnee liegt zwei Fuß zwei Zoll hoch.

**Errichtung einer Funk-Auskunftsstelle.** Mit dem Sitz in Berlin, Potsdamer Straße 4, ist eine Funkauskunftsstelle ins Leben gerufen worden mit der Aufgabe, über das gesamte Gebiet der drahtlosen Telegraphie und Telephonie, insbesondere über den Deutschen Rundfunk und alles, was damit zusammenhängt, sowohl auf dem Gebiete der Technik wie auch der Zusammenstellung und Durchführung der Programme, der Bedingungen für Aufstellung von Rundfunksendern- und Empfängern zuverlässig Auskunft zu erteilen. Anfragen unter Beifügung von Rückporto sind zu richten an die „Funk-Auskunftsstelle“ Berlin W. 9, Potsdamer Straße 4, 2 Treppen.

Verantwortlich: für Politik Ernst Gooss, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Antosz Hoolen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von H. Gehl u. Co., Danzig.

### Speditions- und Transportgesellschaft „VEREINIGTE SPEDITEURE“

M. B. H. DANZIG

Telefon: Nr. 314, 6436 Brothänkegasse Nr. 26 Tel.-Adr.: „Dankro“  
Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso

Die besten Verbindungen mit Speditionsfirmen in jedem Handelsplatz im In- und Auslande

### „Polbal“

Foto Baltyckie Transzytische Handlowe i Transportowe S. m. b. H.  
Danzig, Brothänkegasse 22/23

Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Tel.: 3255, 3960, 3961, 3962, 5422  
Eigene Kältepolier sowie große Lager für Holz, Stroh- u. Massengut



Julius Brilles A.-G.

Schuhfabriken

Danzig \* Bydgoszcz

### Banku dla Handlu i Przemysłu w Warszawie

Oddział w Gdańsku

Reitbahn 18

Telephon Nr. 3698, 3699, 7297

Telegramm-Adresse: Bank w. a.

### Danziger Holz-Kontor

— Aktiengesellschaft —  
Milchkannengasse 28-29

### Aktiengesellschaft für Holzinteressen

Danzig, H. Damm 18  
Telephon Nr. 3809, 3240

Lagerplatz und Sägewerk: Weichselstraße - Tel. 3715  
Telegr.-Adr.: Holzinteressen Danzig

Spedition u. Lagerung v. Hölzern aller Art - Lohnschnitt

### Hugo Birkenfeldt

HOLZ-GROSSHANDLUNG

Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19

Telefon 3681 - Telegr.-Adr.: Holzbirkenfeldt

### „OIKOS“

Danziger Möbelindustrie und  
Holzbearbeitung A.-G.

### Erfurth & Gillis

S. m. b. H.

Danzig, Pfefferstadt 1

Telegr.-Adr.: Ergillis - Telefon 5434, 5936

Fahrräder :: Nähmaschinen :: Zubehörteile  
en gros

Motorräder, Kleinkraftäder, Einbaumotore

Das führende Engroshaus des Ostens

Eigenes neues Geschäftshaus Paradiesgasse 14 wird  
Anfang 1924 bezogen

### Kiewe & Co.

— DANZIG —

Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen

Textilwaren-Grosshandlung.

### Walter Kohn

Textilwaren-Grosshandlung

— DANZIG —

Fernsprecher 3430 - Jopengasse 24

### Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Meisterschutz!

Ohne Gewähr!

(E) Danziger Fernverkehr.

Danzig Hbf. - Dirschau und zurück.

Danzig ab 322, 467, 632, 1048, 1114, 127, W329, D621, D621, 711, D822,

811, 811, 1022

Dirschau an 422, 1-1, 742, 1122, 1-1, 222, W329, D621, D722, 822, D821,

921, 921, 1122

Dirschau ab 1222, 422, W722, 1-1, D722, 722, D822, D922, 944, D 1022,

1222, 1-1, 222, 222

Danzig an 1222, 622, W722, 1222, D822, 922, D922, D922, 1122, D 1122,

1222, 1222, 722, 222

Danzig-Hohenstein-Berent.

Danzig ab 321, 422, 124, 711, Berent ab 422, 522, 1222, 222

Es bedeutet: D=D-Zug, T=Triebwagen, 1-1=Fahrt nur bis Hohenstein.



Konserven  
Marmeladen  
Kunsthonig

Delos . . . ohne Mandelstück  
2 Guldenpfennig

Roland . . . Gold  
3 Guldenpfennig

Bon ton Gold  
5 Guldenpfennig

Minos . . . Gold  
7 Guldenpfennig

sind die beliebten Marken der

Zigarettenfabrik „Hellas“  
DANZIG

### Leo Neumann

Webwaren-Grosshandlung

### Leo Neumann & Herz A.-G.

Textilwaren-Export und -Anfertigung

Danzig, Dominikswall Nr. 12.

### Rudolf Prantz, Danzig

EXPORT

Jopengasse Nr. 29

Fernsprecher Nr. 5304 und 529

Getreide, Mehlensiebwerke, Hülsenfrüchte, Saaten, Kolonialwaren

### Bukofzer & Co.

Vorführender Geben 15

Kurz- und Wirkwaren-Grosshandel

### Danziger Essigsprit- und Mostrieh-Fabrik

R. HAFFKE & CO.

Telephon 783 :: Kantor und Fabrik: Gr. Schwanberggasse 34

Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

### Albert & Bruno Fischer

Danzig, Heumarkt 4

Schürzen- und Wäschefabrik

### Johs. P. Uhlitzsch

Königsberg i. Pr., Weidenbaum 4

Fernsprecher Nr. 8125

Danzig, Altkönigsch. Graben 1920

Fernsprecher Nr. 5745

— Wäschefabrik —

Fabrikanten in Herrenkleidung und Strampeln.

### Bensinger & Co.

IMPORT Textilwaren EXPORT

— DANZIG — FRANKFURT a. M.

Brothänkegasse Nr. 124 Körnerstraße Nr. 71

Telephon: Danzig Nr. 460 Telephon: Hanau Nr. 4535

Telegr.-Adresse: „Ebelco“ Telegr.-Adr.: „Bensinger“

Vertreter der Firma S. BENSINGER, London E. C. I. B., Redcross Street  
Ständige Lager in DANZIG, POZNAŃ, KRAKOW, LWOW

### Walter Goldstein

— DANZIG —

Faugraben Nr. 18/19

Telephon Nr. 3140

Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros